

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich  
des Übereinkommens der Vereinten Nationen  
über die Rechte von Menschen mit Behinderungen**

**Vom 18. August 2021**

Das Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (BGBl. 2008 II S. 1419, 1420) ist nach seinem Artikel 45 Absatz 2 für

Botsuana am 11. August 2021  
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 6. Juli 2021 (BGBl. II S. 827).

Berlin, den 18. August 2021

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Kurt Georg Stöckl-Stillfried

---

**Bekanntmachung  
des deutsch-ruandischen Abkommens  
über Finanzielle Zusammenarbeit**

**Vom 24. August 2021**

Das in Kigali am 12. April 2021 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Ruanda über Finanzielle Zusammenarbeit 2020 ist nach seinem Artikel 5 Absatz 1

am 12. April 2021  
in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 24. August 2021

Bundesministerium  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit  
und Entwicklung  
Im Auftrag  
Dr. Simon Koppers

## Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Ruanda über Finanzielle Zusammenarbeit 2020

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und

die Regierung der Republik Ruanda –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Ruanda,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in der Republik Ruanda beizutragen,

unter Bezugnahme auf das Protokoll der Regierungsverhandlungen vom 04.11.2020 und die Zusage der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland (Verbalnote Nr. 218/2020 vom 18.11.2020) –

sind wie folgt übereingekommen:

### Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Ruanda von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) Finanzierungsbeiträge in Höhe von bis zu 59 000 000 Euro (in Worten: neunundfünfzig Millionen Euro) zu erhalten:

1. Für die Vorhaben zugesagt anlässlich der Regierungsverhandlungen am 4. November 2020:
  - a) „Förderung der beruflichen Bildung“ in Höhe von bis zu 15 000 000 Euro (in Worten: fünfzehn Millionen Euro)
  - b) „Begleitmaßnahme Förderung wachstums- und exportorientierter kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) einschließlich Einrichtung einer Exportkreditgarantiefazilität in Ruanda“ in Höhe von bis zu 1 500 000 Euro (in Worten: eine Million fünfhunderttausend Euro)
  - c) „Unterstützung der Nationally Determined Contributions (NDC) – Umsetzung in Ruanda“ in Höhe von bis zu 10 000 000 Euro (in Worten: zehn Millionen Euro)
  - d) „Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) Fonds Ruanda“ in Höhe von bis zu 12 500 000 Euro (in Worten: zwölf Millionen fünfhunderttausend Euro),
2. Für die Vorhaben zugesagt durch Verbalnote VN 2018/2020 vom 18. November 2020:
  - a) „Reform des öffentlichen Finanzwesens II“ in Höhe von bis zu 4 000 000 Euro (in Worten: vier Millionen Euro)

- b) „Unterstützung der Sozialen Sicherung“ in Höhe von bis zu 16 000 000 Euro (in Worten: sechzehn Millionen Euro),

wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieser Vorhaben festgestellt worden ist.

(2) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung der Republik Ruanda zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in Absatz 1 genannten Vorhaben oder für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in Absatz 1 genannten Vorhaben von der KfW zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

### Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der KfW und den Empfängern der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb einer Frist von fünf Jahren nach der Zusage die entsprechenden Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Die Beträge der in Artikel 1 Nummer 1 Buchstabe a bis d genannten Vorhaben verfallen somit am 4. November 2025 und die Beträge nach Artikel 1 Nummer 2 Buchstabe a und b am 18. November 2025.

(3) Die Regierung der Republik Ruanda, soweit sie nicht selbst Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der KfW garantieren.

### Artikel 3

Die Regierung der Republik Ruanda befreit die KfW von direkten Steuern, die im Zusammenhang mit dem Abschluss und der Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 genannten Verträge in der Republik Ruanda erhoben werden. In diesem Zusammenhang erhobene Umsatzsteuer oder ähnliche indirekte Steuern werden von der Regierung der Republik Ruanda getragen. Erhobene besondere Verbrauchsteuern werden von der Regierung der Republik Ruanda übernommen. Darüber hinaus befreit die Regierung der Republik Ruanda die KfW von sonstigen öffentlichen Abgaben.

### Artikel 4

Die Regierung der Republik Ruanda überlässt bei den sich aus der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr

den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

#### Artikel 5

(1) Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

(2) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jede Vertragspartei kann es jederzeit mit einem Vorlauf von sechs Monaten schriftlich kündigen.

(3) Die Vertragsparteien können Änderungen dieses Abkommens vereinbaren.

(4) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden durch die Vertragsparteien gütlich im Rahmen von Gesprächen beziehungsweise Verhandlungen beigelegt.

(5) Die Registrierung dieses Abkommens beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten von der Bundesrepublik Deutschland veranlasst. Die andere Vertragspartei wird unter Angabe der VN-Registrierungsnummer von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.

Geschehen zu Kigali am 12. April 2021 in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
Dr. Thomas Kurz

Für die Regierung der Republik Ruanda  
Dr. Uzziel Ndagijimana

---

### Bekanntmachung zu der Europäischen Sozialcharta

Vom 25. August 2021

Zu der Europäischen Sozialcharta vom 18. Oktober 1961 (BGBl. 1964 II S. 1261, 1262; 2001 II S. 496, 497), die zuletzt in ihrem Artikel 25 Absatz 1 durch Entscheidung des Komitees der Ministerbeauftragten des Europarats geändert worden ist (BGBl. 2001 II S. 970, 971), hat das Vereinigte Königreich\* dem Generalsekretär des Europarats in seiner Eigenschaft als Verwahrer am 16. Juli 2021 zwei Erklärungen zu Artikel 18 Absatz 2 der Charta notifiziert.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 14. Juni 2017 (BGBl. II S. 756).

\* Vorbehalte und Erklärungen:

Vorbehalte und Erklärungen zu dieser Charta, mit Ausnahme derer Deutschlands, werden im Bundesgesetzblatt Teil II nicht veröffentlicht. Sie sind in englischer und französischer Sprache auf der Webseite des Europarats unter [www.conventions.coe.int](http://www.conventions.coe.int) einsehbar.

Berlin, den 25. August 2021

Auswärtiges Amt  
Im Auftrag  
Dr. Christophe Eick